
FORUM: Teilen verbindet*

Otto Graf Lambsdorff: Vorfahrt für Investitionen

Dr. Otto Graf Lambsdorff, geb. 1926 in Aachen, ist Vorsitzender der FDP.

Die Menschen in den neuen Bundesländern wollen sichere Arbeitsplätze, bessere Wohnungen zu tragbaren Mieten und ein soziales Klima, in dem nicht jeder sich selbst der Nächste ist, also ein Klima gelebter Solidarität. Speziell die Frauen wollen nicht verlieren, sondern ausbauen, was sie an Selbständigkeit durch Arbeitsplätze und Kindergärten erworben haben.

Bessere Chancen dafür zu schaffen, daß die Menschen in den neuen Bundesländern ihre Zukunft selbst aufbauen können, ist die unteilbare Verantwortung für uns alle. Das Grundgesetz fordert das gesamte deutsche Volk auf, die Einheit Deutschlands zu vollenden. Wir alle wissen, daß diese Aufgabe mit dem 3. Oktober 1990 nicht vollendet ist. Politiker und gesellschaftliche Gruppen müssen gemeinsam die Rahmenbedingungen für den Aufbau Ost und einheitliche Lebensverhältnisse in Deutschland schaffen.

Was das Volk in den neuen Bundesländern will, wissen wir. Folglich stellt das Grundgesetz den Parteien für den Aufbau Ost vor allem die Aufgabe, „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ im Westen mitzuwirken. Denn die Bürger im Westen müssen davon überzeugt werden, daß der Aufbau Ost Vorrang vor dem Ausbau West behalten muß.

Mut zur deutschen Einheit

Dies verlangt im Gespräch mit den Bürgern Mut, vor allem dann, wenn der Kuchen nicht mehr so wächst, wie früher; außerdem eine Sprache, die der Bürger versteht. Sprachschöpfungen wie zum Beispiel „Die Teilung durch Teilen überwinden“ oder „Teilen verbindet“ gehören dagegen zu den akademischen Kreationen, mit denen der Bürger im günstigsten Fall nichts anfangen kann. Tatsächlich hat diese Sprache sogar gespalten, wo einfachere, offenere Worte für die Sorgen der Menschen im Westen zu mehr Einheit beigetragen hätten. Noch so schöne Sprachschöpfungen können harte Überzeugungsarbeit nicht ersetzen. Denn über lange Jahre haben sich die Bürger im Westen daran gewöhnt, daß die Bundesrepublik so schön ausgebaut werden muß, wie man dies heute noch an manchem Straßenpflaster in der Fußgängerzone, an neuen Rathäusern und an dementsprechend leeren Gemeindekassen erkennen kann.

Wenn diese Bürger heute ihre Wasserrechnung sehen, ihre Abfallgebühren, ihre Steuern und ihre Sozialabgaben, wenn sie hören, was sie für Pflegeversicherung, für Entwicklungshilfe und nach der Umweltkonferenz von Rio noch erwartet, dann fühlen sich vom „Teilen“, zum Beispiel durch Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit, wohl nur wenige verbunden.

Noch schwieriger wird die Überzeugungsarbeit dort, wo es im Westen nicht um den Verzicht auf Verschönerungen durch besonders stilvolle Kacheln geht, um aufwendigen Lärmschutz oder Verfeinerungen der Kläranlagen auf 98 Prozent, sondern um tatsächlich sehr wichtige soziale Leistungen, zum Beispiel für Alte und Behinderte, oder um sehr vordringliche Umweltvorsorge, die in der Vergangenheit versäumt worden ist. Wer vor oder nach den letzten Tarifrunden im öffentlichen Dienst etwa die Haushalte westdeutscher Gemeinden durchforstet hat, der weiß, daß man auch hier im Sozialbereich und für die Umweltvorsorge eigentlich mehr hätte tun müssen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit von Umschichtungen und Einsparungen ist verbreitet, der Mut und die Geschlossenheit der Parteien, diese guten Einsichten auch im Gespräch mit Bürgerinitiativen und Vereinen zu vertreten, ist aber offenbar kleiner. Dabei müßte es selbst bei wichtigen Investitionen in verbesserte Kläranlagen möglich sein, davon zu überzeugen, daß im Westen Verfeinerungen auf 98 Prozent warten können, solange im Osten noch 57 Prozent der Haushalte überhaupt keinen Anschluß an eine Kläranlage haben.

Einigkeit im Ziel

Unter den Verantwortlichen in Politik, Gewerkschaften und Verbänden besteht zwar nicht unbedingt das hohe Maß an Einigkeit in den Zielen, das die allgemeineren Teile von Programmen häufig vorgaukeln. Aber so uneins in den Zielen sind sich die Verantwortlichen nicht, wie dies dem verdrossenen Bürger erscheinen muß, dem das Gezänk der Parteien nicht einmal mehr Unterhaltungswert bietet. Hier überschätzen einige ihre Künste und wissen vor allem offenbar nicht, welches Stück auf dem Programm steht. Es geht um die deutsche Einheit, nicht um eine Schmierkomödie zwischen Kabale und Schlamm Schlacht. Nur das geschärfte Auge des Journalisten könnte unter dem Schlamm noch entdecken, wem der Siegeslorbeer gebührt.

Die Zustimmung der Bürger, die auch bei Zielen und Mitteln nicht immer so scharf unterscheiden, wie dies manchmal möglich wäre, gewinnt man mit solchen Veranstaltungen jedenfalls nicht. Sie mißtrauen, wenn Gewerkschaften vorgeworfen wird, ihnen ginge es um die Abschaffung der Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern, ganz so, als dürfe man in einer 1.-Mai-Rede alles wörtlich nehmen. Vertrauen weckt man aber auch nicht damit, wenn man den Liberalen unterstellt, sie wollten eine „lupenreine Marktwirtschaft“ oder „die reine marktwirtschaftliche Lehre“ in den neuen Bundesländern einführen, mit Ellenbogen und sozialer Eiseskälte. Bei Nettoleistungen von über 140 Milliarden DM allein im Jahre 1992 für die neuen Bundesländer müßten sogar diejenigen mißtrauisch sein, die bei solchen Sprüchen Beifall klatschen.

In Wirklichkeit sind sich verantwortliche Politiker und gesellschaftliche Gruppen darin einig, daß die deutsche Einheit sozial gestaltet werden muß, daß die Marktwirtschaft eine unverzichtbare Grundlage für hohe soziale Leistungen und für bessere Umweltvorsorge ist, daß wir schließlich für die Menschen in den neuen Bundesländern auch die im Alltag erlebte Freiheit schaffen müssen, die Zukunft ohne Not in eigene, arbeitende Hände nehmen zu können.

Wettbewerb um die bessere Lösung

Keiner braucht sich Sorgen zu machen, daß die Probleme der deutschen Einheit die Menschen weniger interessieren, wenn solcher Streit aufhört. George Bernard Shaw hatte recht, als er seinen sozialistischen Freunden die Anregung ins Gewissen schrieb, dem politischen Gegner nicht mit unerträglicher Selbstbeweihräucherung pauschal den guten sozialen Willen abzusprechen. Und er hat auch heute recht, wenn er fortfährt, daß gute Polemik ihren wichtigen Platz in einer Demokratie hat, wenn es darum geht, den Bürger aufzuwecken, wo ihn wichtige Zukunftsprobleme noch nicht interessieren. Das aber ist weder bei der Ausländerfrage noch bei der deutschen Einheit ein Problem.

Beim Wettbewerb um die bessere Lösung stellt sich als erste Aufgabe, den Menschen in den neuen Bundesländern sichere Arbeitsplätze zu schaffen: Welches Tempo der Angleichung von Löhnen ist mit der Sorge um die Arbeitsplätze vereinbar? Woran soll sich die Lohnentwicklung orientieren? Schnelles Aufholen um jeden Preis ist offenbar nicht das, was die Mehrzahl der Menschen in den neuen Bundesländern einfordern. Sie reagieren im Regelfall auch auf erhebliche Unterschiede in den Lohnsätzen nicht mit gewaltigen Wanderungsbewegungen. Das bestätigt heute jede Untersuchung. Soziale Bindungen und ein enger Bezug zur Heimat sind in den neuen Bundesländern meist stärker als im Westen.

Welche Differenzierung und Flexibilität ist bei der Entlohnung in den neuen Bundesländern möglich, regional, betriebsnah und mit einem Investivlohn-Anteil? Bei dieser Frage ist es nicht etwa so, als würden einvernehmliche betriebsnahe Regelungen für eine Übergangszeit nur von Liberalen gefordert. Darüber denkt man auch in den Gewerkschaften nach. Denn wer hält es im Interesse der Arbeitsplätze schon für sinnvoll, wenn bei der Lohnangleichung für die Regionen und die Betriebe an der Grenze zu Polen und der CSFR dasselbe gelten soll wie in Berlin? Erst recht sollte Konsens bei der Frage von Investivlohn-Anteilen möglich sein. In einer Zeit großer Umstellungsprobleme und Unsicherheit über die Wettbewerbschancen ostdeutscher Betriebe sollten flexiblere Regelungen noch näher liegen als sonst.

Ewige Rechthaber, die zum Beispiel auch über zukünftige Industriestrukturen genug zu wissen glauben, hören das allerdings nicht gern. Nicht weil irgendeine Ideologie hochgehalten würde, sind Liberale skeptisch gegenüber Konzepten der Industriepolitik mit staatlicher Weitsicht und Beteiligung. Wir

halten davon nichts aus schlechter Erfahrung im Sozialismus der DDR, im „National Planing“ Großbritanniens oder der „Planification“ in Frankreich.

Bei den Investitionshemmnissen im Aufbau Ost ist der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“ ebensowenig das Ergebnis einer „verhängisvollen Eigentumsideologie“. Denn auch die deutschen Gewerkschaften stehen zu den grundgesetzlichen Eigentumsrechten, wie die Liberalen zur Verpflichtung stehen, daß Eigentum zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. Also kann es nur um den allerdings schwierigen Weg gehen, Vorfahrt für Investitionen im Rechtsstaat praktisch durchzusetzen. Dieses Problem stellt sich allgemein; jedes Planungsverfahren für Straßen und Wohngebiete zeigt es. Das neue Vermögensgesetz ist ein gemeinsamer Fortschritt, der Aussicht hat, noch vor der Sommerpause Bundestag und Bundesrat zu passieren.

Die Gemeinsamkeit, auf die ich bei der Vorfahrt für Investitionen setze, wünsche ich schließlich auch für die wichtige soziale Frage, wie die Finanzierung der Investitionen in die deutsche Einheit besser an der Leistungsfähigkeit der Bürger ausgerichtet werden kann. Liberale haben hier im Kern nur einen Eckpunkt: Die Lösung darf nicht auf Kosten von Sparen, Investitionen und Wachstum gehen. Sie ginge dann nämlich auf Kosten der Menschen, heute in den neuen Bundesländern, morgen in ganz Deutschland.